

Beim Organizing gestartet, beim Helfen gelandet? "StoP"-Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Privatisierung und Politisierung

Stövesand, Sabine; Wachter, Hannah

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stövesand, S., & Wachter, H. (2021). Beim Organizing gestartet, beim Helfen gelandet? "StoP"-Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Privatisierung und Politisierung. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 41(161), 41-56. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-95989-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sabine Stövesand & Hannah Wachter

Beim Organizing gestartet, beim Helfen gelandet? „StoP“ – Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Privatisierung und Politisierung

Einleitung

„StoP-Stadtteile ohne Partnergewalt“ ist ein Konzept zur Prävention von und Intervention bei Gewalt im Geschlechterverhältnis, das auf Grundlage von Praxiserfahrungen und Praxiskritik im Rahmen eines Forschungsprojektes entwickelt wurde.¹ Zentrale Beweggründe waren, dass, obwohl in den letzten 45 Jahren viel erreicht, das Schweigen gebrochen wurde und es einen relativ starken Ausbau von Unterstützungssystemen gegeben hat, a) die Gewalt gegen Frauen nicht abzunehmen scheint, b) viele Betroffene sich nicht an das etablierte Hilfesystem wenden und c) dieses Hilfesystem fast ausschließlich auf Täter und Opfer ausgerichtet ist. Dagegen werden Prävention, die Bedeutung der Zivilgesellschaft und der sozialräumliche Kontext vernachlässigt. Grundlage des Konzeptes ist eine als feministisch-emanzipatorisch verstandene Gemeinwesenarbeit, die sich an Traditionen des Community Organizing als Sozialer Aktion orientiert (Rothmann 1974). Mittlerweile wird in 15 Städten/Dörfern und 22 Stadtteilen (Deutschland und Österreich) auf Grundlage des StoP-Konzeptes gearbeitet. In den betreffenden Quartieren sind Nachbarschaftsgruppen entstanden bzw. in Gründung. Sie bilden das Herzstück der Aktivitäten, jeweils unterstützt von einer oder mehreren professionellen Sozialarbeiter*innen. StoP zielt auf die Initiierung einer sozialen Bewegung ausgehend von der lokalen Ebene, auf das Organisieren von Interessen und den Aufbau solidarischer Beziehungen zum Schutz vor und zum Abbau von Gewalt gegen Frauen.

1 Vgl. Stövesand 2007. Einige Passagen aus dieser Publikation wurden in gekürzter und veränderter Form in den Artikel eingearbeitet.

Aus dem StoP-Konzept: „GWA ist nicht per se emanzipatorisch und herrschaftskritisch und Selbstorganisation ist nicht gleichzusetzen mit Systemopposition, sondern es kommt drauf an, ob sie sich eher als private Lebensbewältigung versteht oder als soziales Projekt, d.h. als kritisch-politische Praxis. Nur ein emanzipatorisches, herrschaftskritisches und politisches GWA-Verständnis, im Sinne von kollektiver Organisation und Einmischung, würde die Verursachungszusammenhänge und oben begründeten allgemeinen Zielsetzungen für die Arbeit gegen Gewalt in den Geschlechterverhältnissen adäquat aufgreifen“ (Stövesand 2007, S.135).

Aus der StoP-Praxis:

„Ich möchte helfen. Das ist das A und O dieser Geschichte.“ „Also ich glaube, wir würden alle immer das Gleiche sagen, es gibt einem natürlich etwas, wenn man sieht, dass man den anderen Helfen konnte. ...Am besten (wäre) ein Verein.... Dies wäre ein großer Wunsch. ... Mehr Personal, mehr Gelder.“ „Ich wünsche mir psychologische Betreuung und Beratung. ... Ich wünsche mir ein Büro“ (bei StoP engagierte Nachbarinnen).

Auch wenn wir wissen, dass ein theoretischer Handlungsentwurf und die Praxis nicht ineinander aufgehen: zu hören, dass es Adressat*innen, mit denen wir (beide selbst in der StoP-Praxis und in der Wissenschaft unterwegs) in „StoP“-Nachbarschaftsgruppen die Gewalt im Geschlechterverhältnis angehen wollten, vor allem ums Helfen ging und dass das große Ziel weniger in einer kraftvollen sozialen Bewegung, sondern in einem Verein und in Personal für Einzelhilfe lag, war (zunächst) ernüchternd und ist Anlass für diesen Artikel.

Die Frage, die uns beschäftigt und der wir im Folgenden nachgehen, lautet: Was geschieht mit theoretischen Entwürfen einer kritischen Sozialen Arbeit, welche die Gewalt gegen Frauen² nicht individualisieren, sondern in die Verhältnisse einordnen und mit Strategien kollektiver Organisation und Sozialer Aktion zumindest punktuell, lokal verändern will, wenn sie Praxis wird und auf Akteurinnen trifft, für die Feminismus und Soziale Bewegungen in der Regel nicht Teil ihrer Alltagsbezüge sind? Was bleibt in der Praxis von all den komplexen Reflexionen zu Herrschaftsverhältnissen und Sozialer Veränderung?

2 Die Begriffe „Frau“ und ebenso „Mann“ – was Transfrauen und Transmänner einschließt – werden hier nicht im essentialisierenden Sinne, sondern als soziale Kategorien benutzt, die strukturell in die Gesellschaft eingelassen sind, über Normen, Traditionen und Sozialisationsprozesse spezifisch vererblich und subjektiv angeeignet werden. Sie sind binäres Konstrukt, Zuschreibung und Realität, hierarchisch, beharrlich und dynamisch.

Grundlage unserer Auseinandersetzung sind Eindrücke aus der Praxis, Sachberichte, Gespräche im Kontext der überregionalen StoP-Netzwerktreffen sowie Interviews, die mit aktiven Nachbar*innen in zwei Stadtteilprojekten geführt wurden.³ Die Einschätzungen erheben keinen Anspruch darauf, das Thema oder die gesamte StoP-Arbeit umfassend auszuleuchten, sind aber dazu geeignet, Erkenntnisse anzureichern und Diskussionen anzustoßen.

StoP als Aufbruch aus dem Frauenhaus

StoP steht in der Tradition der zweiten Frauenbewegung und kann als Reaktion auf die Institutionalisierung der Arbeit gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis gelesen werden (Stövesand 2018).

Partnergewalt ist kein singuläres Phänomen bzw. Problem einzelner Paare im luftleeren Raum, sondern eingebettet in historisch gewachsene, hierarchisch strukturierte Geschlechterverhältnisse. Partnergewalt ist tief in ungleichen Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen verwurzelt, wie mittlerweile auch in offiziellen staatlichen Übereinkünften wie der Istanbul Konvention konstatiert wird. An diesen Machtverhältnissen wurde explizit (wieder) in der zweiten Frauenbewegung ab den späten 1960er Jahren gerüttelt. Neu gegründete Frauengruppen thematisierten „Gewalt in der Ehe (...) als Teil eines Kontinuums von Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen (...) und die Aktivistinnen haben sich damit identifiziert (Prinzip ‘Betroffenheit’), weil sie damit ihr eigenes Erleben von sexuellen Übergriffen, Angst vor Vergewaltigung und männlichen Ansprüchen auf Überlegenheit und Besitznahme verbunden haben (Motto: ‘Das Persönliche ist politisch’)“ (Hageman-White 2020: 5). Die Ent-Deckung der Gewaltverhältnisse im Privaten und ihre Politisierung waren ein zentrales Moment für die zweite Frauenbewegung, aus der heraus Frauenhäuser gegründet wurden: Der Schutz für gewaltbetroffene Frauen, also die konkrete Hilfe im Einzelfall, vollzog sich im Rahmen einer Skandalisierung der Gewalt im Geschlechterverhältnis und die Frauenhäuser waren Räume für Selbsthilfe und für die Erfahrung „eines Gemeinsamen“ (ebd.: 6), so wie es auch insgesamt in der Gemeinschaft der Frauenprojekte möglich sein sollte, „eine neue kollektive Identität [zu] entwickeln, zu der gleichberechtigte Kooperation und wechselseitige emotionale Unterstützung gehören“ (ebd.: 7). Dies drückte

3 Die Quellen sind zum Teil auf Wunsch der Einrichtungen und Interviewpartner*innen sowie aus Gründen des Datenschutzes anonymisiert.

sich auch im Namen vieler autonomer Frauenhausvereine aus: „Frauen helfen Frauen“.

Die Frauenhausbewegung war überaus erfolgreich gemessen daran, dass sie das Thema auf die Agenda gesetzt, Sichtbarkeit, Ressourcen und auch strukturelle Veränderungen erkämpft hat (u.a. Gewaltschutzgesetz). Diese Erfolge sind jedoch ambivalent. Es war ohne Frage ein Fortschritt, dass Gewalt gegen Frauen nicht mehr als Kavaliersdelikt angesehen wurde. Mit der Betonung der Strafbarkeit von Partnergewalt ging aber zugleich das Postulat der Devianz, also der Abweichung von gesellschaftlichen Normen einher, was verdeckt, dass Gewalt aufgrund ihrer Verankerung im Geschlechterverhältnis nicht allein Abweichung, sondern auch ihr (zugespitzter) Ausdruck ist. Polizei und Justiz sind zudem selbst Repräsentanten patriarchaler Strukturen. Auch wenn es hier einige positive Veränderungen und begrüßenswerte Kooperationen gibt, sind sie nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen die Ansprechpartner der Wahl, z.B. für People of Colour.

Der Selbsthilfecharakter der Frauenhäuser wurde in den folgenden Jahrzehnten zunehmend durch Institutionalisierung und Professionalisierung transformiert. Während sich die Frauenhäuser in der Hilfelandschaft etablierten und zunehmende Akzeptanz für ihre praktische Arbeit erfuhren, entstand als ungewollter Nebeneffekt, dass die Gewalt im Geschlechterverhältnis entpolitisiert wurde. Hagemann-White (1997: 19) verglich die Frauenhäuser ironisch mit Sicherheitsgurten im Auto: Es wird davon ausgegangen, dass es zu Karambolagen kommen kann, und deshalb treffen wir Vorkehrungen. Genauso scheint die Gesellschaft mit der Gewalt gegen Frauen umzugehen: Sie kommt vor, muss eingeplant werden, und dafür werden eben Frauenhäuser vorgehalten. Die Gewalt drohte aus den privaten vier Wänden sozusagen hinter die Wände der Frauenhäuser zu verschwinden, die Gesellschaft selbst wurde nicht mehr herausgefordert, sondern entlastet (Hagemann-White 2020: 13).

Auch wenn Öffentlichkeitsarbeit und politische Skandalisierung bis heute Elemente der (autonomen) Frauenhauspraxis sind, binden die Unterstützungsarbeit für die Frauen und Kinder, der Kampf um die institutionelle Absicherung der meist sehr knapp finanzierten Projekte und das Zurückweisen von Angriffen auf die Trägerautonomie seitens der Politik und Verwaltung so viele Ressourcen, dass für eine engagierte Öffentlichkeitsarbeit oft wenig Raum bleibt.

Diese Entwicklung bildet sich auch in der Rede über den Gegenstand ab. Die zuerst verwendeten Begriffe „Frauenmisshandlung“ und „Gewalt gegen Frauen“ waren geprägt durch das patriarchatskritische Gewaltverständnis der feministischen Bewegungen der 1970er Jahre. „Gewalt gegen Frauen“ stand für die These,

„dass Mißhandlung nicht durch die Persönlichkeit und das Verhalten der einzelnen Beteiligten verursacht, sondern in der Gesellschaft verankert ist“ (Hagemann-White 1997: 19). Mit der Akzeptanz des Themas in einer breiteren Öffentlichkeit und der staatlichen Finanzierung von Frauenhäusern und -beratungsstellen ging die Einführung einer anderen Sprechweise einher. Die Bezeichnungen „häusliche Gewalt“ oder auch „Beziehungsgewalt“ etablierten sich zunehmend. Hieran lässt sich eine Diffusion der Verursachungszusammenhänge sowie eine (erneute) Verortung des Geschehens im Privaten ablesen.

Eckpunkte und Grundorientierungen im StoP-Konzept

Wir sprechen im Rahmen unserer wissenschaftlichen und praktischen Tätigkeiten bei StoP von „Gewalt im Geschlechterverhältnis“ und von Partnergewalt; zum einen um auf die strukturelle Ebene dieses Phänomens und das Vorkommen der Gewalt in allen Gesellschaftsschichten zu verweisen, zum anderen um eine Eingrenzung vorzunehmen auf die Gewalt im sozialen Nahbereich, die zu über 80% Frauen trifft und zu über 80% von Männern ausgeübt wird (vgl. BKA 2020). Damit sollen Gewaltwiderfahrnisse anderer Geschlechter nicht bagatellisiert werden. Gewalt gegen Queers und gegen Männer sind weit verbreitet und wie jede Form der Gewalt inakzeptabel. StoP geht davon aus, dass die Prävention von Partnergewalt, der Aufbau gleichberechtigter, guter sozialer Beziehungen generell Gewalt reduzierend wirkt. Die Arbeit an der Veränderung tradiertes, binärer Geschlechternormen und -hierarchien kommt, so die Annahme, *allen* Geschlechtern, ob in hetero- oder homosexuellen Partnerschaften zugute und ist zentrales Element eines *insgesamt* substanziell friedlicheren, demokratischen Miteinanders als Zielhorizont. Konkrete Handlungsziele bei StoP sind die Erhöhung der Interventionsbereitschaft eines lokalen Gemeinwesens einerseits sowie der Veröffentlichungsbereitschaft Gewaltbetroffener und Gewaltausübender (Stövesand 2007: 130).

StoP bezieht sich, anknüpfend an die Tradition der zweiten Frauenbewegung, wieder vermehrt auf die Aspekte der Solidarität und der Geschlechterverhältnisse, indem neben Gewaltbetroffenen und Gewaltausübenden die dritte Position in den Fokus rückt: das soziale Umfeld mit den dort eingelassenen gesellschaftlichen Normen und Machtstrukturen; die Orte, an denen direkte Gewalt ausgeübt und durch Leugnung, Bagatellisierung, Wegschauen ermöglicht und gestärkt wird. Die Orte, an denen es gleichzeitig die Möglichkeit gibt, kollektiv und kritisch an den Geschlechterverhältnissen zu arbeiten, und zwar ausgehend vom und zurückwirkend auf den Umgang mit der konkreten Gewalt im sozialen Nahraum.

Es geht darum, das Thema erneut in die Öffentlichkeit zu tragen, die tertiäre Prävention, auf der sich das Hilfesystem in der Regel bewegt, zu erweitern auf die Ebenen der sekundären und der primären Prävention und Intervention, raus aus den Institutionen und rein in den bewegten Alltag.

Das StoP-Konzept basiert auf einer dezidierten Auseinandersetzung mit den Bedingungen und Anforderungen emanzipatorischer Gemeinwesenarbeit. In seine Entwicklung ist neben den Überlegungen zum Geschlechterverhältnis, zu Gewalt und Macht auch die Auseinandersetzung mit möglicher Instrumentalisierung von zivilgesellschaftlichem Engagement und der Ausrichtung an lokalen Communities im Kontext repressiver Sicherheitspolitiken, neosozialer Programmierungen und neoliberaler Gouvernementalität eingeflossen (vgl. Bröckling/Lemke/Krasmann 2000; Kessl/Krasmann 2019).

Gemeinwesenarbeit (GWA) bedeutet, dass das professionelle Handeln nicht nur am Einzelfall ansetzt, dass Partizipation und Arbeit mit größeren sozialen Zusammenhängen konstitutiv sind. Sie bewegt sich traditionell zwischen den Polen gesellschaftlicher Affirmation, konsensorientiertem Vorgehen, kleinteiligen (und nicht zu vernachlässigenden) Verbesserungen der materiellen und sozialen Infrastruktur einerseits und Transformation durch Umverteilung von Macht und materiellen Ressourcen, demokratisierende Arbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit, Konfliktbereitschaft und Einmischung in (lokal) politische Auseinandersetzungen andererseits (vgl. Bitzan/Klöck 1993; Bringt 2021; Stövesand 2019).

Ein wesentlicher Unterschied im GWA-Verständnis ergibt sich daraus, ob a) in erster Linie auf endogene Stadtteilressourcen gesetzt wird und die Probleme dem Stadtteil an sich zugeschrieben werden („Problemstadtteil“) oder ob b) soziale Probleme im Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Verursachungszusammenhänge und übergreifender ökonomischer, sozialer und staatsbürgerlicher Rechte thematisiert werden. Die Gemeinwesenarbeiter*innen können sich entweder als Leitung oder als Begleitung verstehen, als neutrale intermediäre Instanz zwischen verschiedenen Interessengruppen oder als „change agent“ (Lewin) und parteilich für eine unterprivilegierte Gruppe. Die Adressat*innen können entsprechend als zu aktivierende Klient*innen gesehen werden oder als Subjekte, die ihr (Über) Leben aktiv organisieren, die Arbeit kann mit Freire im Code des individualisierenden „Für“ oder im Code des demokratisierenden „Mit“ erfolgen (Kunstreich/May 2020).

GWA, so wie sie im StoP-Konzept verstanden wird, ist charakterisiert durch „die Integration von Beziehungs- und Strukturebene, u.a. die Vermittlung individueller Hilfen mit dem Aufbau durchsetzungsfähiger kollektiver In-

teressenvertretungen, die Orientierung an der Veränderung von Macht- und Dominanzverhältnissen, eine reflektierte Parteilichkeit, den Einsatz sowohl dialog- und konsensorientierter als auch konfrontativer Taktiken, eine nicht-paternalistische Haltung und gleichzeitig ein professionelles Selbstverständnis als Ressourcen- und KompetenzvermittlerIn, die systematische Einbeziehung der Geschlechterkategorie, die Berücksichtigung der Existenz von Widersprüchen und Konflikten als grundlegende Bestimmungsmomente von Gesellschaft und ein Verständnis von Gemeinwesen als heterogenem Konstrukt, die Unterstützung von Handlungsfähigkeit als Möglichkeit der Individuen, ihre Lebensbedingungen zu gestalten sowie sich selbst zu reflektieren und zu verändern“ (Stövesand 2007: 251 f.).

In allen ihren Konzeptvarianten (vgl. Stövesand/Stoik/Troxler 2013) werden GWA und Community Organizing nicht als Projekt oder bloße Aktivierung verstanden, sondern als nachhaltige Veränderungsarbeit. Methodisch angelehnt an die Phasen des Organizing (vgl. DiEnno u.a. 2014) formuliert StoP acht Handlungsschritte, die als zirkulärer Prozess zu verstehen sind: 1. Entscheidung, das Thema aufzugreifen und Ressourcenfindung, 2. Erkundung des Gemeinwesens, Finden von Schlüsselpersonen und aktivierende Befragung, 3. Aufbau von nachbarschaftlichen Aktionsgruppen, 4. Erweiterung/Intensivierung des Aufbaus von nachbarschaftlichen Netzwerken sowie der Veränderungsarbeit an (traditionellen Normen und Haltungen im Gemeinwesen), 5. Initiierung bzw. Ausbau von Vernetzung und Kooperationen auf Stadtteilebene, 6. Individuelle Unterstützung und personenzentrierte Netzwerkarbeit anbieten, 7. Etablierung einer kontinuierlichen, kleinteiligen Beziehungs- und Organisationsarbeit, 8. Entwicklung politischer Bündnisse und Durchsetzung politischer Forderungen (vgl. Stövesand 2007: 302).

Im Folgenden wird die StoP-Praxis exemplarisch anhand zentraler Konzeptelemente vorgestellt und kritisch reflektiert, insbesondere entlang der Prinzipien von Politisierung, Partizipation, kollektivem Empowerment und Solidarität.

StoP-Praxis: Rahmenbedingungen und Akteur*innen

Die Initiative zur Umsetzung von StoP kam in den jeweiligen Stadtteilen/Städten aus sehr unterschiedlichen und sich teilweise kreuzenden Richtungen: *top down* aus der städtischen Politik und aus Behörden oder *bottom up* gefordert vom Stadtteilbeirat; sie kam aus den Reihen autonomer Frauenhäuser und feministischer Gleichstellungsbeauftragter, aus kommunalen Jugendeinrichtungen und aus der Quartiersarbeit. Gemeinsam ist den Projekten, dass sie aus öffentli-

chen Mitteln finanziert werden und zumeist befristet sind. Damit ist direkt eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige, prozesshafte Veränderungsarbeit untergraben. Begonnen wurde an den diversen Standorten dennoch in der Hoffnung, dass sich Möglichkeiten der Kontinuitätssicherung finden werden. Gleichzeitig ging deshalb ein nicht unerheblicher Teil der Arbeitszeit der hauptamtlichen Projektkoordinator*innen in die Sicherung von Finanzressourcen; diese müssen ein mitunter absurdes Tableau von unterschiedlichen Sachberichten und Dokumentationen bedienen, die ganz anderen Logiken folgen als einer aktivistischen, partizipativen Nachbarschaftsarbeit.

Die *Träger* der Projekte sind, wie oben angedeutet, recht unterschiedlich. Was sie gewährleisten sollen, ist im Wesentlichen a) die selbstbestimmte Arbeit der Projektkoordinator*innen mit den Multiplikator*innen und der Nachbarschaft, was auch deren öffentliches Auftreten und die Medienarbeit einschließt. Da gibt es durchaus manchmal Reibungen und Blockaden; b) sie müssen über niedrigschwellige Zugänge in die Nachbarschaft verfügen, d.h. einen Raum sowie Angebote haben, der/die ohne spez. Terminabsprache und spez. Problemlagen genutzt werden können. Nicht zuletzt sollen sie c) belegbare Erfahrungen in der Arbeit mit (Bewohner*innen)Gruppen und in geschlechtssensibler Sozialer Arbeit haben.

Die Träger sind alle eingebunden in institutionelle Logiken, die Sozialen Bewegungen und dem Organizing fremd sind, allerdings Spielräume beinhalten. Zum Beispiel müssen Sachberichte an die Zuwendungsgeber geschrieben werden, und das erfolgt nicht in einem gemeinsamen Prozess mit den Stadtteilgruppen, sondern gehört zu den Aufgaben der Projektkoordinatorin. Es finden sich darin dann Aussagen wie: „Es werden keine quantitativen und qualitativen Daten über die Maßnahmen gesammelt“ (aus einem Sachbericht). Hier dominiert die bürokratische Semantik: StoP wird zur Maßnahme. Das kann als Konzession an die finanzierende Behörde gelesen werden, von der jedoch nicht unbedingt auf die gelebte Praxis kurzgeschlossen werden kann. Dennoch besteht die Gefahr, dass der institutionelle Kontext der verwalteten Sozialarbeit auf die Sicht- und Umgangsweisen abfärbt. Das Nicht-Dokumentieren könnte vor dem Hintergrund des Verständnisses des Basis- bzw. Bewegungskarakters von StoP als Absage an die Kontrollansprüche von oben verstanden werden. Auffällig ist hingegen, dass „zur internen kontinuierlichen Beratungsbetreuung und für die kollegiale Beratung und Unterstützung anonymisierte Fallbögen geführt werden“ (ebd.). Das heißt, es handelt sich nicht um eine Frage der Ablehnung von Dokumentation an sich, sondern der Prioritätensetzung in Richtung traditioneller, fallorientierter Sozialarbeit.

Da die Finanzierung nicht nur befristet ist, sondern zumeist auch sehr knapp, droht die Ausstattung mit einer halben oder dreiviertel Stelle für zwei Jahre plus Honorar- und Sachmittel erschreckenderweise zum Standard zu werden. Daher kann auch kein Team eingestellt werden, das Geschlechterdiversität oder die Realität einer Einwanderungsgesellschaft abbildet, sondern nur eine Person. Wir entscheiden uns u.a. deshalb in der Regel für eine weibliche Projektkoordinatorin, manche BPoC⁴, die allermeisten jedoch nicht, und beginnen den Gruppenaufbau mit Frauen⁵, auch wenn StoP das ganze Gemeinwesen adressieren will, d.h. alle Geschlechter. Zur Veränderung der Gewalt im Geschlechterverhältnis sind Männer als „Allies“ (vgl. Bishop 2015) und mögliche Vorbilder enorm wichtig und willkommen bei StoP. Das lässt sich so nur schwer umsetzen und verfestigt dadurch tendenziell die Wahrnehmung als „Frauensache“.

Die *Projektkoordinator*innen* sind bei StoP hauptamtlich beschäftigt und haben die Aufgabe, den oben skizzierten Prozess anzustoßen und zu begleiten. Dazu gehört es insbesondere, Stadtteilgruppen zu gründen und zu unterstützen, in denen Nachbar*innen – in Folge „Aktive“ genannt – zusammenkommen und sich mit dem Thema Partnergewalt auseinandersetzen, Wissen und Bewusstsein vertiefen/erwerben und dieses in den Stadtteil tragen. Es sind in der Regel Sozialarbeiterinnen, die eine (obligatorische) Zusatzausbildung zum StoP-Konzept absolviert haben und im Rahmen dessen auch Community Organizing kennenlernen. Sie sind jedoch keine ausgebildeten und erprobten Community Organizer. Nicht wenige werden von ihrem Träger geschickt, d.h. in die „StoP“ Arbeit abgeordnet. Das geht eigentlich gar nicht, dachten wir, aber die Erfahrung ist bislang, dass die Kolleg*innen sich in kurzer Zeit sehr für diese neue Art zu arbeiten begeistern: „Sonst war es immer so, dass die Bewohner*innen etwas von mir wollten und bei mir im Büro saßen, jetzt will ich etwas mit ihnen und wir sitzen auf Augenhöhe gemeinsam am Tisch.“ In der Äußerung der Kollegin schwingt sowohl Verwunderung als auch ein Moment des Aufbruchs mit. Deutlich wird in den Fortbildungen und der Praxis, dass denjenigen, die aus feministischen

4 PoC-People of Colour: „ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrung, die nicht als weiß, deutsch und westlich wahrgenommen werden und sich auch selbst nicht so definieren (...) Schwarz und weiß sind dabei politische Begriffe. (...) Inzwischen wird häufiger von BPoC (Black and People of Color) gesprochen, um Schwarze Menschen ausdrücklich einzuschließen“ (<https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/people-of-color-poc/>).

5 Siehe Fußnote 2

Zusammenhängen kommen das Konzept näher liegt. Sie tendieren z.B. weniger dazu, von „Ehrenamtlichen“ zu sprechen, was in den StoP Projekten nicht unüblich ist und eher das Konzept einer traditionellen, unpolitischen Weiblichkeit transportiert.

Dass es Hauptamtliche in den StoP-Projekten gibt, widerspricht nicht der Organizing Idee. Wichtig ist, wie sie sich selbst verstehen, ob im *Hintergrund* oder als *Mittelpunkt*. Der bei StoP gewählte Begriff der Projektkoordination soll signalisieren, dass es sich um eine unterstützende Arbeit auf der Hinterbühne handelt. In der Praxis geht das nicht unbedingt immer auf. Einerseits ist es gelungen, für die Gruppenarbeit Bewohnerinnen zu finden, die in ihren Stadtteilen als Schlüsselpersonen (local leaders) gelten und sie, wie auch andere, darin zu stärken in der Öffentlichkeit aufzutreten. So werden aktivierende Befragungen unter maßgeblicher Beteiligung von Bewohner*innen durchgeführt, Einladungen zu Vorträgen und Terminen mit Politik und Behörden werden von Hauptamtlichen und Aktiven gemeinsam wahrgenommen, bei Radio- und Filmbeiträgen stehen die Aktiven häufig im Vordergrund, aber durchaus nicht immer.

Festzustellen ist, dass in der Thematisierung von Partnergewalt die Hauptamtlichen häufig versuchen, die Grenzen von „hier sind wir Fachkräfte“ und „dort sind die Betroffenen“ aufrechtzuerhalten – eine Entwicklung, die sich auch in der Professionalisierung der Frauenhausarbeit nachverfolgen lässt, in der sich auf der Ebene der Mitarbeiterinnen ein Identitätswandel von der von Geschlechterverhältnissen (mit)betroffenen politisch Aktiven hin zur Fachkraft vollzogen hat und damit auch eine Klientelisierung von gewaltbetroffenen Frauen (Lenz/Weiss 2018: 15). Dies liegt nicht nur an der Professionalisierung: die Geschlechterhierarchie ist kein nur äußerlicher Unterdrückungszusammenhang, sondern auch verinnerlicht, subjektkonstituierend. Gewalt in intimen Beziehungen ist belegt mit einem Veröffentlichungstabu, mit Scham und Selbstvorwürfen. Nicht zuletzt spielt das Thema auch für Projektkoordinator*innen persönlich eine Rolle, so dass diese mitunter selbst Teil eines „Verdeckungszusammenhangs“ (Bitzan 2018) werden, z.B. wenn ihnen nicht auffällt, dass auf den ein Dutzend StoP-Kampagnenplakaten oder der neuen StoP-Postkarte nur ganz allgemein von Gewalt gesprochen wird und die Geschlechterdimension gänzlich fehlt.

Wenn eine Projektkoordinatorin wenig abgegrenzt, in der Lebenswelt der Bewohner*innen verankert ist, vertrauen sich ihr zunehmend Betroffene an. In einem Fall waren es im Jahr an die 90 Erstkontakte. Das ist ein großer Erfolg gemessen daran, dass StoP die Veröffentlichungsbereitschaft Betroffener fördern und ihnen Wege in das Hilfesystem erschließen will. Gerade weil die Projektkoordinatorin so großes Vertrauen genießt und niedrigschwellig erreichbar ist,

möchten die Betroffenen dann aber nicht zu einer Fachberatungsstelle gehen, sondern im Stadtteil von genau dieser Kollegin direkt Beratung erhalten. Wenn sie sich darauf einlässt, wird dadurch der Charakter des Projektes von der Gemeinwesenarbeit zur Einzelhilfe verschoben und das aus der Frauenhausarbeit bekannte Muster wiederholt sich. Zu beobachten ist, dass die betreffende Kollegin dieses Dilemma durch unbezahltes Engagement versucht aufzufangen. Verstärkt wird die Situation dadurch, dass andere Institutionen den Charakter von StoP nicht verstehen, sich durch StoP Entlastung versprechen und ihre „Fälle“ an das Projekt „verweisen“.

Im Konzept wurde thematisiert, dass StoP in unterschiedlichsten *Stadtteilen* umgesetzt werden müsste, da Partnergewalt in allen Gesellschaftsschichten und Milieus vorkommt. Andernfalls würde das gängige Falsch- und Vorurteil reproduziert, „so etwas“ gäbe es nur in der „Unterschicht“ und bei „Ausländern“ und sei ansonsten nicht weiter relevant. StoP ist jedoch aktuell überwiegend in Stadtteilen aktiv, in denen Einkommen und Bildungsabschlüsse unter und die Anzahl der Menschen mit Migrationsgeschichte und der Empfänger*innen staatlicher Transferleistungen über dem Durchschnitt liegen, und die in den jeweiligen Städten als „problematisch“ gelten. Das trifft insbesondere auf Steilshoop, den Pilotstadtteil von StoP zu, eine klassische Großwohnsiedlung in Hamburg. In den Diskussionen vor Ort konnte die Sorge vor Stigmatisierung nach dem Motto: wer sich StoP in den Stadtteil holt, müsse es „auch nötig haben“ – aufgelöst werden durch die gemeinsame Auseinandersetzung mit Gewaltprävalenzen (kommt überwiegend in Haushalt mit mittlerem und hohem Einkommen vor; BMFSFJ 2014), was ein Re-Framing ermöglichte: „Partnergewalt kommt überall vor, keiner traut sich, das anzugehen, aber wir! Steilshoop geht voran und tut was.“ Das erzeugte bei den Beteiligten Stolz auf ihr Engagement und Selbstbewusstsein.

Die Aktiven in den Stadtteilprojekten sind dabei durchaus divers, z.B. stammten die Mitglieder der Frauengruppen in Steilshoop aus mehreren Communities (ghanaisch-deutsch, türkisch-deutsch, iranisch-deutsch, dominanz-deutsch), waren Rentner*innen oder Reinigungskräfte, Hausfrauen und Kauffrauen. Dabei sind mitunter tiefe Freundschaften zwischen Frauen aus unterschiedlichen Communities entstanden, aber auch rassistische Zuschreibungen und Formen des Otherings kamen zum Vorschein, wenn beispielsweise von einer deutschen Aktivistin migrantischen Communities eine überdurchschnittlich hohe Gewaltprävalenz bescheinigt und gleichzeitig eine Intervention ausgeschlossen wird: „Ich glaube, dagegen können wir gar nichts machen“. In den Interviews wird jedoch

auch klar, dass solche Einstellungen in der Gruppe diskutiert, durch Interventionen der Fachkräfte bearbeitet und nicht stehen gelassen werden.

Die Projektkoordinator*innen sind auf Spielplätzen, im Einkaufszentrum, in verschiedenen Einrichtungen und vielen Veranstaltungen unterwegs. Durch die persönliche Ansprache und das Zusammenkommen in der Gruppe erleben die Mitmacher*innen (das gilt auch für die Erfahrungen in der Männerarbeit) eine persönliche Stärkung und Ermutigung, wie eine Aktive es im Interview formulierte „Gewalt, also häusliche Gewalt hat ja eine so große Schwere, dass es eigentlich nichts ist, das man freiwillig machen möchte, das gebe ich zu. Aber wenn man jemandem vertraut und jemanden kennt, der dich dann fragt, ob man mitmachen möchte, und man weiss, dass in der Gruppe wirklich Frauen sind, die dazu stehen, was sie da tun, dann macht man das“

Der Gruppenzusammenhang erweitert die Handlungsfähigkeit und führt zu neuen Erfahrungen: „Also, bei meiner Befragung.. dazu muss ich nochmal sagen, dass ich das ganz toll fand ... oder eigentlich irgendwie ... es als gut empfunden hab' ... weil wir so 'ne Gruppe waren. ... Man hat sich so ergänzt. Und da ist das eigentlich nicht so ein Schamgefühl, dass ich am Anfang hatte. Oder Befürchtung, mit diesem Fragebogen, wie komme ich da überhaupt in Kontakt. Ist eigentlich ziemlich schnell gewichen. Weil ich wusste, es ist jemand so an meiner Seite. Oder wir machen das gemeinschaftlich.“

Viele Aktive wissen jetzt, wie sie sich bei Gewaltvorkommnissen in der Nachbarschaft aktiv verhalten, wie sie andere ansprechen, wie sie Veranstaltungen machen, wie sie Materialien für die öffentliche Präsentation erstellen können. Einige nehmen an Aktionen wie „One Billion Rising“ teil, gemeinsam mit Feministinnen aller Couleur performen sie in der Hamburger Innenstadt, halten flammende Reden. Sie zeigen aktiv Gesicht gegen Partnergewalt, sie werden also im wahrsten Sinn des Wortes sichtbar, bspw. auf Plakaten, an Infoständen und in den Medien, besonders als eine von ihnen durch Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Gauck für ihr Engagement geehrt wurde. Die Aktiven schätzen das an StoP: „Und nicht immer gesagt wird: 'Ja da reden jetzt Professionelle und ihr seid einfach nur Bewohner. Na, wir stehen im Vordergrund und die ander'n sind an zweiter Stelle' und sind sich ihrer Bedeutung bewusst: 'Okay, ich bin ja hier die Wichtige, die die Leute anspricht.'“

Zum Abschluss: Das Ding mit dem Helfen, der Solidarität und der Bewegung

Als zentrale Motive für die Mitarbeit in StoP-Projekten wird in zahllosen Variationen von den Nachbar*innen „Hilfe“ und „Helfen wollen“ angegeben. Wie ist dieses Helfen-Wollen nun zu verstehen – als individualisierend und entpolitisiert? Wird hier – den Charakteristika der beruflichen Handlungsstruktur von Hiltrud von Spiegel (2018) folgend – wieder eine strukturelle, gesellschaftliche Problemlage (Gewalt im Geschlechterverhältnis) in einzelne Fälle (diese und jene Frau im Stadtteil wird geschlagen) umgewandelt und im Rahmen von „ehrenamtlich“ gestützter Einzelfallarbeit (wie können wir dieser und jener Frau helfen?) bearbeitet? Sind wir beim Community-Organizing gestartet und beim Helfen gelandet?

In der Reflexion der Interviews ergab sich letztlich eine andere, differenziertere Perspektive auf das Helfen. „Helfen“ im Rahmen der StoP-Arbeit kann gedeutet werden als Befreiung von bisherigem (traditionellen) Rollenverhalten unter dem *Deckmantel* eines als stereotyp weiblich beschriebenen Verhaltens. Gleichzeitig ist Helfen nichts Individuelles, sondern immer ein soziales Phänomen (vgl. Scherpner 1962). Wissen, wie ich helfen kann und Hilfe geben, zeigt sich als Empowerment, als Akt der Fürsorge und Wertschätzung für andere Frauen und als Basis für Widerständigkeit: „Aber dieses StoP-Projekt hat mir eigentlich noch ein bisschen mehr Kraft gemacht. Dieses Verbundensein, wie so ‘ne Kette. Das wir miteinander wirklich uns gegenseitig helfen wollen. Dass wenn wir- wenn Menschen Hilfe brauchen, dass wir da sind“. „Aber wenn die Frau ... weiß, wo sie Hilfe holen kann, ist sie stark und kann sich dagegen wehren.“

Wenn Scherr das „Interesse, zur Verminderung menschlichen Leidens beizutragen“ (2019: 15) als zentrales moralische Moment solidarischer Politik bestimmt und Politik nicht nur formal, sondern als öffentliches Sprechen und Einmischen in Angelegenheiten des Zusammenlebens verstanden wird, ist diese Hilfe nicht individualisierend oder privatisierend. Sie kann eingeordnet werden in das, was Stall und Stoecker (1998) als „women centered organizing“ verstehen. Sie betonen, dass Organizing zuerst Beziehungsarbeit ist und ohne Beziehungen und Zusammenhalt keine durchsetzungsfähigen Sozialen Bewegungen entstehen. Gegenseitige Hilfe und gesellschaftliche Transformation bedingen sich: „Mutual aid is the radical act of caring for each other while working to change the world“ (Spade 2020, o.S.).⁶

6 Dieser Satz findet sich nicht in Spades Buch: *Mutual Aid: Building Solidarity During This Crisis (and the Next)*, sondern seiner Webseite, fasst das Buch aber prägnant

Wie der Beitrag aufzeigt, gibt es durchaus Anhaltspunkte dafür, dass wir mit StoP in die Falle der Institutionalisierung und Entpolitisierung tappen, aber das Bild ist nicht einheitlich⁷. Der Prozess ist noch offen, und mit dem Anwachsen der StoP-Projekte entwickelt sich auch das Bewusstsein eines gemeinsamen übergreifenden Anliegens und das Gefühl, so etwas wie eine Bewegung zu werden. In den Worten von Sylvia Wachs, einer StoP-Aktivistin: „Das ist ja immer so meine Vision von einer Gewaltfreiheit in der Welt. Und das wünsch’ ich mir, wie früher die Graswurzelbewegung, dann gibt’s noch da die Ökobewegung, die Atomkraftbewegung, all diese Dinge und jetzt heißt es eben StoP!“ (Wachs 2012: 5.56).⁸

Literatur

- Bishop, Ann 2015: *Becoming an Ally. Breaking the Cycle of Oppression in People*. 3rd Edition. Black Point
- Bitzan, Maria 2018: *Das Soziale von den Lebenswelten her denken. Zur Produktivität der Konfliktorientierung für die Soziale Arbeit*. In: Roland Anhorn u.a. (Hg.): *Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit*. Wiesbaden. S. 51-69
- /Klöß, Tilo 1993: *Wer streitet denn mit Aschenputtel? Konfliktorientierung und Geschlechterdifferenz*. München
- Bundeskriminalamt 2020: *Partnerschaftsgewalt. Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2019*. Wiesbaden
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2014: *Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen. Eine sekundäranalytische Auswertung zur Differenzierung von Schweregraden, Mustern, Risikofaktoren und Unterstützung nach erlebter Gewalt*. Berlin
- Bringt, Friedemann 2021: *Umkämpfte Zivilgesellschaft Mit menschenrechtsorientierter Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit Soziale Arbeit und Menschenrechte*. Leverkusen und Opladen
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.Main.

zusammen. <https://www.deanspade.net/mutual-aid-building-solidarity-during-this-crisis-and-the-next/>

7 und die Institutionalisierung ist es auch nicht, vgl. Wolff 2020

8 Zitat aus sdem StoP Lehrvideo: <https://stop-partnergewalt.org/wordpress/stoppenlernen/>

- DiEnno, Cara/Hanschen, Ryan/Jodeh, Iman u.a. 2014: CCESL Community Organizing Handbook. 3rd edition. University of Denver
- Hagemann-White, Carol 2020: Von der Gründung autonomer Frauenhäuser zum institutionellen Interventionssystem. Paradoxien des Erfolgs. Material Interdisziplinärer. Onlinekurs: Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt. Universitätsklinikum Ulm. <https://haeuslichegewalt.elearning-gewaltschutz.de>
- Hagemann-White, Carol 1997: Strategien gegen die Gewalt im Geschlechterverhältnis. Bestandsanalyse und Perspektiven. In: Hagemann-White, Carol/Kavemann, Barbara/Ohl, Dagmar (Hg.): Parteilichkeit und Solidarität. Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis. Bielefeld, S. 15-116
- Kessler, Fabian/Krasmann, Susanne 2019: Sozialpolitische Programmierungen. In: Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.): Handbuch Sozialraum. 2. überarb. Aufl. Wiesbaden: S. 277-297
- Kunstreich, Timm/May, Michael 2020: Partizipation als Arbeitsprinzip – zur Praxis gemeinsamer Aufgabenbewältigung. In: Widersprüche 155. Münster. S. 49-61
- Lenz, Gaby, Weiss, Anne 2018: Professionalisierungsentwicklungen in der Frauenhausarbeit. In: Lenz, Gaby; Weiss, Anne (Hg.): Professionalität in der Frauenhausarbeit. Aktuelle Entwicklungen und Diskurse. Wiesbaden, S. 7-20
- Rothman, Jack 1974: Three Models of Community Organization. In: Strategies of Community Organization – A Book of Readings. Cox, F., Rothman, J., Erlich, J. und Tropman, J., 22-39 Itasca, IL
- Scherpner, Hans 1962: Theorie der Fürsorge. Göttingen
- Scherr, Albert 2019: Solidarität: eine veraltete Formel oder immer noch ein aktuelles Grundprinzip emanzipatorischer Praxis? In: Widersprüche 151, S. 9-17
- Stall, Susan/Stoecker, Randy 1998: Community Organizing or Organizing Community? Gender and the Crafts of Empowerment. <http://comm-org.wisc.edu/papers96/gender2.html> [Zugriff 26.06.2021]
- Stövesand, Sabine 2019: Gemeinwesenarbeit [online]. socialnet Lexikon. Bonn: socialnet, 28.01.2019. <https://www.socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit> [Zugriff am: 04.07.2021]
- 2018: Gewalt gegen Frauen und Gemeinwesenarbeit: „StoP“- das Nachbarschaftskonzept. In: Lenz, Gaby/Weiss, Anne (Hg.): Professionalität in der Frauenhausarbeit. Aktuelle Entwicklungen und Diskurse. Wiesbaden, S. 203-237
- 2007: Mit Sicherheit Sozialarbeit! Gemeinwesenarbeit als innovatives Konzept zum Abbau von Gewalt im Geschlechterverhältnis unter den Bedingungen neoliberaler Gouvernementalität. Münster
- /Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.) 2013: Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit. Band 4. Opladen, Berlin und Toronto

